

4202/J XXIII. GP

Eingelangt am 29.04.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Prähauser
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend **kolportierte Ergebnisse des Rechnungshofberichtes und allfällige Verantwortlichkeiten dafür**

In der Kronen Zeitung" vom 23.04.2008 stand auf Seite 3 folgender Kommentar von Peter Gnam zu lesen:

„24, 18 und jetzt 15

Die Eurofighter fliegen noch gar nicht im Abfangjäger-Einsatz, sind in einer technisch schwierigen Erprobungsphase und sorgen dennoch weiter für politischen Wirbel: Der Rechnungshof ließ jetzt kritisch durchblicken, dass durch die Darabos-Reduktion der Stückzahl von 18 auf 15 Eurofighter das Ausmaß der Gegengeschäfte reduziert werde. Zur Erinnerung: Das sind jene Gegengeschäfte, von denen es ursprünglich im Rahmen eines frechen Wahlkampfswindels geheißen hatte, dass sich die Eurofighter durch diese quasi selbst finanzieren würden. Das sind auch jene Gegengeschäfte, die der Rechnungshof schon einmal beanstandet hatte, weil sie großteils "nicht nachvollziehbar" seien. Sprich: Es wurden Gegengeschäfte in der Statistik als solche angeführt, die gar keine Gegengeschäfte gewesen sind, und das nennt man auf Deutsch Schummeln. Und noch eines ist bei dem Eurofighter-Deal danebengegangen: Ursprünglich sollten es für unsere Mini-Streitkraft namens Bundesheer ja 24 Eurofighter werden. Dann hat die Regierung Schüssel die Stückzahl auf 18 reduziert, wobei sich die Frage stellt, wie viele Gegengeschäfte schon damals verloren gegangen sind. Wenn jemand zufrieden sein kann, dann nur die Herren vom Rüstungskonzern EADS, denn die haben unsere Politiker von Anfang an über den Tisch gezogen, und wie immer muss der Steuerzahler die Rechnung begleichen."

Im Ö1 Morgenjournal am 25.04.08 wurde nun wörtlich aus dem geheimen und der Amtsverschiegenheit unterliegenden Rechnungshof-Rohbericht zitiert:

„RH Kritik bei Eurofighter

RH Kritik Nummer eins: Im Dezember 2007 hat das Verteidigungsministerium vier so genannte „In Service Support Verträge“ für den Eurofighter Betrieb abgeschlossen. Das sind langfristige Wartungs- und Ersatzteillieferverträge. Volumen immerhin 177 Millionen €. Für diese stolze Summe wurden aber keine Gegengeschäfte ausgehandelt, bemängelt der RH und schreibt wörtlich im Rohbericht

Interne Richtlinien des Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 2000 sahen für alle Beschaffungsvorgänge die dem Geltungsbereich des Bundesvergabegesetztes nicht unterlagen und zum mindesten einen Wert von 777.000 € erreichten den Abschluss von Gegengeschäften vor und nicht in den Geltungsbereich des strengen Bundesvergabegesetztes fallen eben alle Rüstungsgesetze.

RH Kritik Nummer zwei: Beim vom Verteidigungsminister Darabos mit den Eurofighter Herstellern im Juli 2007 im Alleingang ausverhandelten Vergleich sind die Gegengeschäfte auf der Strecke geblieben. Erinnerung. Durch eine Stückzahlreduktion auf 15 Jets, sechs davon gebraucht, und den Verzicht auf Flugzeuge der zweiten Tranche und Ausrüstungsteile hat Darabos den Gesamtkaufpreis um 250 Millionen € gedrückt. Aufgrund einer Vertragsklausel reduziert sich automatisch und anteilig auch die Gegengeschäfte um 500 Millionen € von vier auf 3,5 Milliarden. Im Rohbericht heißt es Der RH bemängelt, dass das Verteidigungsministerium es dennoch unterlassen hat, das Wirtschaftsministerium während der Vergleichsverhandlungen beizuziehen um eine allfällige Neuregelung der Gegengeschäftsbestimmungen zu erreichen.

Mit Verweis auf haushaltsrechtliche Bestimmungen und die schon zitierten Richtlinien stellt der RH fest, dass Wirtschafts- und Finanzministerium informiert und eingebunden hätten werden sollen. Der RH empfiehlt dies nachzuholen und künftig betroffene Ressorts rechtzeitig einzubinden."

Bei dieser kolportierten Kritik im Rechnungshof-Rohbericht an den Gegengeschäften von Minister Bartenstein ergeben sich für die unterzeichneten Abgeordneten Frage die einer Aufklärung bedürfen, die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

- 1) Haben Sie es im Jahr 2006 versäumt, entsprechende Gespräche über Gegengeschäfte aufzunehmen, wie es das Ö1-Morgenjournal vom 25. April berichtet hat, als Ihr damaliger Amtskollege im Verteidigungsministerium, Günther Platter, die Verhandlungen zu den ISS-Verträgen über 177 Mio. Euro eingeleitet hat?
 - a) Wenn ja, warum?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 2) Hat Sie Ihr damaliger Amtskollege im Verteidigungsministerium, Günther Platter, im Jahr 2006 über die Einleitung zum Abschluss der ISS Verträge informiert?
- 3) Hat Sie Bundesminister Darabos über die abgeschlossenen ISS Verträge informiert?
- 4) Haben Sie bei Ihrem damaligen Amtskollegen im Verteidigungsministerium, Günther Platter, urgier, dass bei den ISS Verträgen Gegengeschäfte abzuschließen wären?
 - a) Wenn ja, wann?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 5) Warum haben Sie Verteidigungsminister Darabos den Gegengeschäftsvertrag für die Erstellung des Gutachtens von Prof. Kozol und die Verhandlungen mit Eurofighter nicht, wie vom Verteidigungsminister angefordert, vor dem Abschluss dieser Verhandlungen zur Verfügung gestellt?
- 6) Wenn tatsächlich eine aliquote Reduktion der Gegengeschäfte stattfindet, wie viel betrug diese bei der erfolgten Reduktion der Eurofighter im Jahr 2002 von 24 auf 18 mit einem Gegenwert von 420 Millionen?

- 7) Können Sie diese Reduktion um 840 Mio Euro verantworten?
Wenn ja, wie?
- 8) Wenn Bundesminister Darabos drei Flugzeuge abbestellt und dafür 250 Millionen Euro Preisreduktion, alleine beim Kaufpreis, herausverhandelt, warum waren das bei der 2002 erfolgten Reduktion von sechs Eurofighter nur 420 Millionen (also für 3 Stück 210 Mio Euro)?
- 9) Die an Sie übermittelten Teile des Rechnugshofberichtes sind besonders gekennzeichnet. Welche Maßnahmen haben Sie in Ihrem Haus gegen diesen Bruch der Amtsverschwiegenheit - die Veröffentlichung im ORF Morgenjournal - gesetzt?